



**Michael Schrodi**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### SPD-Bundesparteitag beschließt Programmpunkte für mehr bezahlbaren Wohnraum und Kommission zur Bodenrechtsreform

Berlin, 12.12.2017

Bezug:

Anlagen:

**Michael Schrodi, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Otto-Wels-Haus

Raum: 5.027

Telefon: +49 30 227-77541

Fax: +49 30 227-70541

michael.schrodi@bundestag.de

**Wahlkreisbüro :**

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142-5010589

Fax: +49 -

michael.schrodi.wk@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Als großen Erfolg wertet der neu gewählte Bundestagsabgeordnete und Parteitagsdelegierte Michael Schrodi aus Bayern, dass auf dem gerade zu Ende gegangenen SPD-Bundesparteitag ein wichtiger Antrag aus Bayern angenommen wurde: Beim Parteivorstand soll eine Wohnungsbaukommission eingerichtet werden, um Konzepte zur Neugestaltung der Wohnungs- und Bodenpolitik zu erarbeiten.

Zudem wurde ein von Michael Groß aus Nordrhein-Westfalen initiiertes und von den bayerischen Delegierten unterstützter Antrag beschlossen, der die wichtigsten wohnungspolitischen Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion aufgreift und unterstützt: Demnach bedarf eine nachhaltige, soziale gerechte Kommunal- und Stadtentwicklungspolitik insbesondere

- einer gemeinwohlorientierten Vergabe von Grundstücken und baureifem Land,
- der Verhinderung von Bodenspekulation,
- einer Reform des Bodenrechts,
- einer Unterstützung von Genossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen durch Investitionszuschüsse, Bürgschaften und Nachrangdarlehen,
- eines Ausbaus der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu einem sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen des Bundes,
- der Bundesverantwortung für den sozialen Wohnungsbau auch über 2019 hinaus - Erhalt der sozialen Wohnraumbeförderung, langfristige Belegungsbindung, Aufbau einer Belegungsbindung im Bestand.

„Wohnen ist die neue soziale Frage“, betont Michael Schrodi. Die Beschlüsse des Parteitags zeigen, dass die SPD den wichtigen Einsatz für mehr bezahlbaren Wohnraum weiter intensiviert.